

Entschließungsantrag

der BundesrätInnen Horst Schachner, Elisabeth Grossmann, Korinna Schumann
Genossinnen und Genossen,

betreffend Initiative zur Erhaltung des Standbeins „Elektroindustrie“ in der Region Murtal

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 2 betreffend den Beschluss des Nationalrates vom 17. November 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses und sonstiger Förderungen aus Anlass der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung in Kärnten (Abstimmungsspendengesetz 2020), ein Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss aufgrund der Abschaffung des Zugriffs auf Vermögen bei Unterbringung von Personen in stationären Pflegeeinrichtungen für die Jahre 2021 bis 2024, ein Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes an Covid-19-Impfungen und -Schnelltests Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, ein Bundesgesetz über die Finanzierung des Vereins für Konsumenteninformation im Jahr 2021 und ein Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut) erlassen sowie das Gebührenanspruchsgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Sachverständigen- und Dolmetschergesetz, das Bundesgesetz über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds, das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz, das Buchhaltungsagenturgesetz, das Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds, das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Impfschadengesetz, das Verbrechensopfergesetz, das Heimopferrentengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Nachtschwerarbeitsgesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz, das Covid-19-Zweckzuschussgesetz, das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, das Universitätsgesetz 2002, das Forschungsförderungsgesellschaftsgesetz, das Bundesmuseen-Gesetz 2002 und das Luftfahrtgesetz geändert werden (Budgetbegleitgesetz 2021) (408 d.B. und 440 d.B.)

Begründung

Das Budgetbegleitgesetz und das Budget in seiner Gesamtheit, drücken die beabsichtigte Politik der Bundesregierung für das Jahr 2021 aus.

Die Schließung des Produktionsstandortes in Spielberg zeigt einmal mehr eine dramatische Entwicklung am Arbeitsmarkt auf: die produzierende Industrie wird immer stärker zu einem Wirtschaftszweig, in dem die Produktion dem Weg des Geldes folgt und so die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohn-Länder vollzieht.

Zugleich nutzen große produzierende Betriebe die aktuelle Krise, um sogenannte „Strukturbereinigungen“ vorzunehmen. Unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Notlage durch die aktuelle Krise, wird argumentiert, es sei notwendig, Arbeitsplätze abzubauen, um den Betrieb zu retten. Dass in Zeiten der höchsten Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Zweiten Republik auch solche Entwicklungen zu einer Verschärfung der sozialen Lage führen, ist nicht überraschend und macht diesen Umstand zwar leichter erklär-, nicht jedoch besser argumentierbar.

Um derartigen Entwicklungen entsprechend begegnen zu können, wird es wichtig sein, im Bereich von Schlüsselindustrien Absicherungen zu schaffen, das Insolvenzrecht entsprechend zu verändern und hinsichtlich der Schaffung von Zukunftsindustrien auch jene Antworten zu geben, die es jetzt dringend braucht.

Die Stadtgemeinde Spielberg hat, wie in der Folge auch umliegende Gemeinden, zum Beispiel St. Margarethen bei Knittelfeld, eine Initiative zur Schaffung für den Erhalt des Standbeins „Elektroindustrie“ in der Region Murtal, beschlossen. Diese Initiative wurde allen Parlamentsfraktionen im Nationalrat und Bundesrat durch die Abschrift des Protokolls der Gemeinderatssitzung der Gemeinde St. Margarethen bei Knittelfeld vom 15. Oktober 2020 zur Kenntnis gebracht.

Damit reagieren die örtlichen Gemeinden auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes und des Arbeitsplatzangebotes in der Region. Seit den 1970ern, in denen der Bergbau zum Erliegen kam und die Stahlindustrie massiv abgebaut hat, sind Holzverarbeitung, in kleinerem Rahmen Stahlveredelung- und -verarbeitung, Maschinenbauindustrie sowie Zellstoff- und Papierindustrie die relevanten Arbeitgeber in der Region. Neben der schon oben genannten ATB und der Elektroindustrie, die sich darum herum entwickelt hat und bei der jetzt 360 Arbeitsplätze durch die Schließung der Produktion verloren gehen, für die es in der Region keinen Ersatz gibt.

Die Gemeinden argumentieren, dass es auch mit Blick auf die Krisenfestigkeit zukünftig in der Region Murtal mehrere Standbeine im Industriesektor braucht, um als krisensicher gelten zu können. Eine davon soll auch weiterhin die Elektroindustrie sein. Umrissen werden in der Resolution der Gemeinde St. Margarethen bei Knittelfeld kurz-, mittel- und langfristige Forderungen. Kurzfristig seien die „bedrohten bestehenden Arbeitsplätze mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu halten“, mittelfristig „neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen“. Langfristig sprechen sich die GemeindevertreterInnen dafür aus, die „Abwanderung zu stoppen und den Trend umzukehren“.

Um das zu erreichen, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Übernahme des Produktionsstandortes der ATB durch die öffentliche Hand.
- Marktforschung und Analyse im Bereich elektrischer Antriebssysteme.
- Erhaltung und Fortführung der derzeitigen Produktion bei ATB bis zur Serienreife neuer Produkte in diesem Segment.
- Schaffung eines von der öffentlichen Hand geführten Innovations- und Kompetenzzentrums für elektrische Antriebssysteme unter Einbeziehung von entsprechenden Universitäten inkl. der Einrichtung einer Außenstelle.
- Ansiedlung einer Fachhochschule für Elektromobilität und Antriebssysteme.
- Vernetzung aller in diesem Bereich tätigen Firmen mit dem Ziel Synergien zu nutzen.
- Einrichtung einer Ideenschmiede für alternative Antriebsmöglichkeiten.
- Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs für nachhaltige Produktion in diesem Segment.

Zugleich werden Forderungen zur Erreichung der Ziele gestellt, diese lauten wie folgt:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Besitzern von ATB in Verhandlungen zur Übernahme in das öffentliche Eigentum einzutreten.
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Sonderfinanzierung der Region Murtal.
- Einrichtung eines Entwicklungs- und Innovationsfonds für das Murtal.
- Einrichtung eines Koordinationsbüros zur schrittweisen Planung und Umsetzung der Maßnahmen.
- Sonder- und Wirtschaftsförderungen bedingen eine verpflichtende Beteiligung der öffentlichen Hand, um so ein Mitspracherecht zu gewährleisten.

Diese Initiative ist aus unserer Sicht zu unterstützen, weil sie Vorbild für weitere Regionen in Österreich sein kann. Es werden insbesondere Maßnahmen gefordert, die durch die Bundesregierung mit Blick auf die jetzt so wichtige Stimulierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in ganz Österreich nach der Krise ausgerollt werden könnten und so zu einer nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaftslandschaft in Österreich führen kann.

Daher stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend werden aufgefordert, im Rahmen aller ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu prüfen, welche der unten aufgeführten Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig umsetzbar sind und darüber dem Nationalrat sowie dem Bundesrat umgehend Bericht zu erstatten, sowie entsprechende gesetzliche Maßnahmen umgehend zum Beschluss vorzulegen, um die nachstehenden genannten Forderungen breitest möglich zu erfüllen und umzusetzen:

Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Übernahme des Produktionsstandortes der ATB durch die öffentliche Hand.
- Marktforschung und Analyse im Bereich elektrischer Antriebssysteme.
- Erhaltung und Fortführung der derzeitigen Produktion bei ATB bis zur Serienreife neuer Produkte in diesem Segment.
- Schaffung eines von der öffentlichen Hand geführten Innovations- und Kompetenzzentrums für elektrische Antriebssysteme unter Einbeziehung von entsprechenden Universitäten inkl. der Einrichtung einer Außenstelle.
- Ansiedlung einer Fachhochschule für Elektromobilität und Antriebssysteme.
- Vernetzung aller in diesem Bereich tätigen Firmen mit dem Ziel Synergien zu nutzen.
- Einrichtung einer Ideenschmiede für alternative Antriebsmöglichkeiten.
- Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs für nachhaltige Produktion in diesem Segment

Zugleich werden Forderungen zur Erreichung der Ziele gestellt, diese lauten wie folgt:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Besitzern von ATB in Verhandlungen zur Übernahme in das öffentliche Eigentum einzutreten.
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Sonderfinanzierung der Region Murtal.
- Einrichtung eines Entwicklungs- und Innovationsfonds für das Murtal.
- Einrichtung eines Koordinationsbüros zur schrittweisen Planung und Umsetzung der Maßnahmen.
- Sonder- und Wirtschaftsförderungen bedingen eine verpflichtende Beteiligung der öffentlichen Hand, um so ein Mitspracherecht zu gewährleisten.“

Handwritten signatures:
 - Top left: *Stooboch*
 - Middle left: *Stooboch*
 - Middle: *Eric Prins*
 - Bottom middle: *Stooboch*
 - Right: *Gruber-Munier*

